Zeitschrift: Das Schweizerische Rote Kreuz
Herausgeber: Schweizerisches Rotes Kreuz
Band: 93 (1984)
Heft: 7

Artikel: Polarisierte Asylpolitik
Autor: Friedrich, R.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-975517

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

EXKLUSIV-INTERVIEW

Polarisierte Asylpolitik

Vermutlich gibt es kein politisches Problem in der Schweiz, das nicht zu den heftigsten Kontroversen Anlass gibt. Rechte und Linke, Falken und Tauben streiten sich, dass die Fetzen fliegen, bis am gemeinsamen Tisch eben doch wieder ein freundeidgenössischer Kompromiss gefunden werden muss. Das Ganze nennt sich demokratische Ausmarchung. Auch dass es dabei sehr oft um untergewichtige Details geht, die in der öffentlichen Diskussion hochgespielt werden, gehört zum Politalltag. Doch kaum ein Problem hat in den letzten Monaten derartige Emotionen geweckt wie die Asylpolitik.

Die Redaktion des «Actio» sprach mit Bundesrat R. Friedrich, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), nachdem sein Rücktritt offiziell bekanntgeworden war.

Redaktion: Herr Bundesrat, Sie gehören zu jenen eher seltenen «Ein-Mann-ein Wort-Politikern». Sie hatten keinen Hofstaat um sich wie andere Magistraten, und «Volkstümelei» lag Ihnen fern. Ist die Tatsache, dass Sie sich nicht gefälliger beugen konnten, ein Grund, warum Ihr Herz schliesslich nicht mehr mitspielte? Gehört nicht gerade auch die Asylpolitik zu den herzzerschleissenden Problemen?

Bundesrat Friedrich: Ich kann das nicht so sagen. Es sind sehr viele Dinge, die einen beschäftigen. Die Asylpolitik war in den letzten Monaten und Jahren eine wichtige Angelegenheit. Aber bestimmt nicht die einzige.

Weltweit gibt es rund 20 Mio. Flüchtlinge. Eine eigentliche Völkerwanderung ist im Gang. Wie gross ist der Anteil an Asylsuchenden, die von der Schweiz aufgenommen worden sind?

Man muss sich daran erinnern, dass im letzten Weltkrieg rund 300 000 Flüchtlinge in der Schweiz aufgenommen wurden. Meist vorübergehend. Heute haben wir 32 000 Leute mit Flüchtlingsstatus in der Schweiz und darüber hinaus noch 20 000 Asylbewerber.

Die Landesregierung möchte dem Bund die Kompetenz einräumen, die Flüchtlinge – gleichsam im Sinne eines Zwanges zur Solidarität – besser auf die Kantone zu verteilen. Der Flüchtlingsstrom ergiesst sich vor allem in Westschweizer Kantone.

Überfordert sind nicht nur einige Westschweizer Kantone, sondern auch gewisse deutschschweizerische. In Genf, Waadt und Freiburg findet sich der grösste Anteil an Schwarzafrikanern. Bern hat die Tamilen, Basel die Türken. Auch Zürich hat einen grossen Anfall an Asylgesuchen.

Ich begreife, dass diese Kantone Asylanten an weniger belastete Stände abtreten möchten.

Eine Bundeskompetenz zur Umverteilung fehlt vorläufig. Bisher spielte sie sich nur im kleinen Rahmen und auf freiwilliger Basis ab.

Gibt es in der Asylpolitik liberalere und weniger liberale Kantone?

Man kann nicht von liberalen und weniger liberalen Kantonen sprechen. Es gibt einfach Kantone, die mehr praktische Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Asylanten haben.

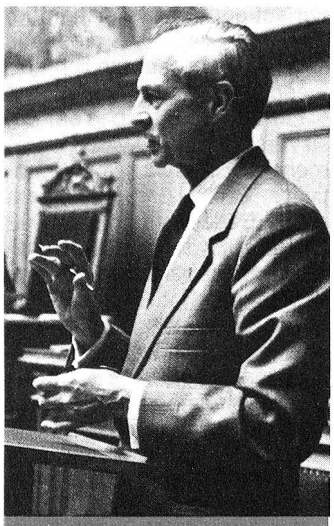
Spannungen auch mit Organisationen, die sich der Asyltradition verpflichtet fühlen und zentrale Regelungen ablehnen.

Wir haben engen Kontakt mit allen Hilfswerken. Man muss unterscheiden zwischen Organisationen, die sich aus einem ganz bestimmten Gesichtswinkel mit der Asylpolitik befassen, die aber nicht der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe angeschlossen sind, und den Hilfswerken, die die gesamte Problematik von innen her kennen. Die ersten sehen vielfach nur den politischen Aspekt, ohne dass sie alle Folgen abschätzen können.

Kontroverse auch mit den politischen Parteien. Den einen ist die Asylpolitik nicht liberal genug, die andern sprechen von einer rechtsstaatlich bedenklichen Überreaktion. Die Nationale Aktion fordert «Stop der Asylantenschwemme».

Man hat nicht selten das unbehagliche Gefühl, dass alle die Schlagworte mehr Mittel zum eigenen Zweck sind.

Das ist teilweise gewiss so. Auf der einen Seite befürchtet man ein Beschneiden des Asylrechtes. Auf der anderen Seite möchte man am liebsten die Grenzen sperren und möglichst noch Grenzbrigaden zu deren Schutz einsetzen.



Wir schicken keine Menschen zurück, wenn wir wissen, dass ihnen dort in ihrem Heimatland schwerwiegende Risiken entstehen.

Wir haben immer wieder betont, dass wir den Kern unserer Asylpolitik bewahren wollen. Das entspricht auch der internationalen Konvention. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass das Parlament mit der Revision des Asylgesetzes einverstanden war und auch der Anstoss zu einer weiteren Revision aus dem Parlament kam.

Spannungen auch im Volk. «Das Boot ist voll» sagen einige. In einem Vortrag, den Sie kürzlich hielten, sagten sie, das Boot habe noch genügend Platz für echte Flüchtlinge. Was sind echte, was unechte Flüchtlinge?

Das Boot ist für echte Flüchtlinge wirklich nicht voll. Die Schwierigkeit entsteht dadurch, dass unser Asylrecht zum Teil missbraucht wurde. Wir haben viele Asylgesuche, die stammen von Leuten, die nicht politisch verfolgt sind, sondern die aus wirtschaftlichen Gründen in die Schweiz kommen.

Echte Flüchtlinge, die politisch verfolgt sind und diesen Verfolgungsgrund glaubhaft machen können, werden wir weiterhin aufnehmen. Andere, die ihre wirtschaftliche Position in der Schweiz verbessern möchten, müssen wir zurückweisen. Unser Asylgesetz oder -recht kann nicht als Mittel zur Lösung von Drittweltproblemen dienen, von Überbevölkerung oder Arbeitslosigkeit. Das liegt ganz einfach ausserhalb unserer Möglichkeiten. Das Asylrecht soll den politisch Verfolgten vorbehalten bleiben.

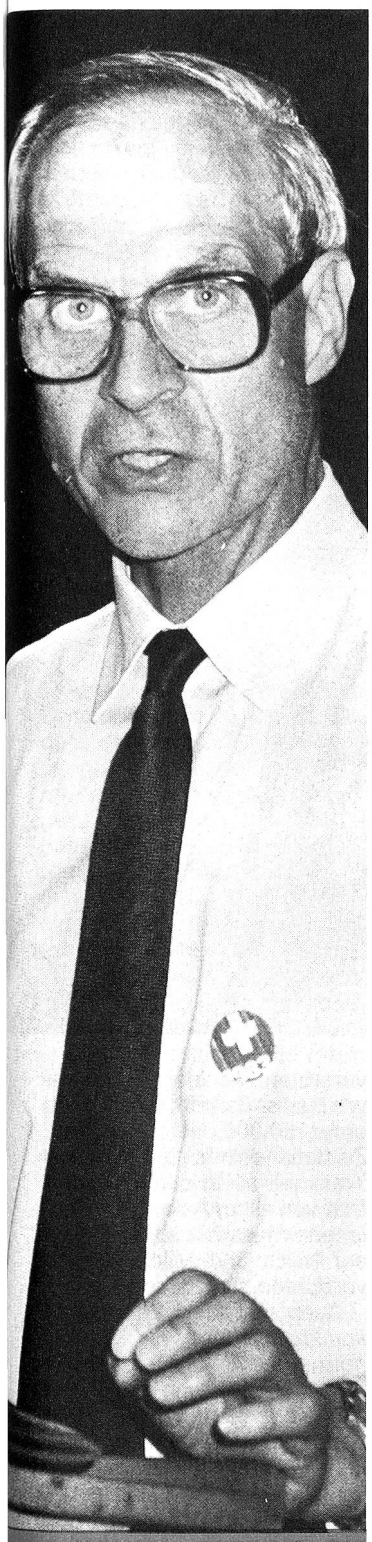
Was geschieht nun mit Menschen, beispielsweise Tamilen, die man wieder nach Sri Lanka zurückspediert?

Wir schicken keine Menschen zurück, wenn wir wissen, dass ihnen dort in ihrem Heimatland schwerwiegende Risiken entstehen.

Eine andere Crux. Asylsuchende, deren Dossiers nun seit Jahr und Tag auf Erledigung warten und die bei der Befragung durch die Maschen fallen, das heisst, die keine echten politischen Flüchtlinge sind, was geschieht mit ihnen?

Wenn Menschen schon lange hier sind, dann können wir sie schon aus humanitären Gründen nicht zurückschicken. Sie haben sich zum Teil akklimatisiert. Ihre Kinder gehen hier zur Schule. Für diese neue Kategorie muss ein neuer Status gefunden werden.

Unsere Asylverfahren dauern gegenwärtig viel zu lange. Das wird sich nun ändern, weil im Parlament in der Juni-Session die notwendigen 155 neuen Stellen bewilligt wurden (nachdem in der Wintersession nur 80 zugestanden worden waren).



Auf der einen Seite befürchtet man ein Beschneiden des Asylrechtes. Auf der anderen Seite möchte man am liebsten die Grenzen sperren und möglichst noch Grenzbrigaden zu deren Schutz einsetzen.

DAS RÜCKTRITTSSCHREIBEN

Nach kaum 22 Regierungsmonaten schrieb Bundesrat Rudolf Friedrich Ende August folgendes Rücktrittsschreiben:

«Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des National- und Ständerats.

Aus gesundheitlichen Gründen sehe ich mich gezwungen, meinen Rücktritt als Mitglied des Bundesrates zu erklären. Seit längerer Zeit leide ich unter immer wieder auftretenden Herzbeschwerden, die meine Arbeitskraft zunehmend beeinträchtigen. Ich hatte die Hoffnung, dass in der Sommerpause eine Besserung eintreten würde. Leider hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt; das hat sich nach Wiederaufnahme der Arbeit deutlich gezeigt. Das Amt eines Bundesrates setzt eine volle, uneingeschränkte Arbeitsfähigkeit voraus. Diese unabdingbare Voraussetzung ist heute bei mir nicht mehr gegeben. Ich sehe daher vor, auf den 20. Oktober 1984 aus dem Amt auszuscheiden.

Ich danke den beiden Räten für das mir in meiner Amtszeit entgegengebrachte Vertrauen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geeehrte Damen und Herren, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.»

Eine speditivere Erledigung der Asylgesuche würde bereits die gefährliche Überhitzung des Problems mildern.

Es kann mit einer rascheren Erledigung gerechnet werden, sobald der Apparat voll funktioniert. Aber das wird noch einige Zeit dauern. Die neuen Leute müssen eingearbeitet werden, einige können erst in mehreren Monaten mit der Arbeit beginnen. Es gilt, den grossen Apparat zu organisieren.

Innerhalb des Roten Kreuzes wurde ein Projekt zur Verbesserung der sozialpsychiatrischen Betreuung von südostasiatischen Flüchtlingen in der Schweiz ausgearbeitet. Das Projekt trägt den Namen «PSIND». Es hat sich gezeigt, dass gerade Ostasiaten, die besonders rasch so werden wollten wie die Schweizer, an diesem Prozess beinahe zugrunde gingen und psychiatrische Betreuung benötigten. Ihre Wertvorstellung ist nicht identisch mit der unseren, die in Richtung Selbstverwirklichung geht. Ostasiatische Flüchtlinge brauchen ein weiteres familiäres, soziales Netz, um sich wohlzufühlen.

Der Bundesrat hat sich noch nicht mit diesem Projekt befasst. Er wird es aber in absehbarer Zeit tun.

An und für sich ist dieses SRK-Projekt begrüssenswert. Es wirft aber auch gleichzeitig ein Schlaglicht auf einen grundsätzlichen Aspekt der Flüchtlingspolitik, der uns langfristig Schwierigkeiten bereiten wird: die Verpflanzung von Menschen in einen völlig anderen Kulturkreis! Wir haben seit je die These vertreten, dass in erster Priorität alles getan werden muss, damit Flüchtlinge gar nicht erst entstehen, in zweiter Priorität, Flüchtlinge im eigenen Kulturkreis umzusiedeln seien, und erst in dritter Priorität die Zuflucht von politisch Verfolgten in anderen Kulturkreisen erwogen wird.

Wir haben seit je die These vertreten, dass in erster Priorität alles getan werden muss, damit Flüchtlinge gar nicht erst entstehen.

Gibt es einen Bericht über die Situation der Asylsuchenden und den aufgenommenen Asylbewerber in der Schweiz? Und gibt es so etwas wie eine Prospektivstudie über die schweizerische Flüchtlingspolitik?

Einen Bericht gibt es nicht. Und Flüchtlingspolitik lässt sich auf lange Zeit zum voraus nicht festlegen. Sie hängt von den künftigen Verhältnissen ab. Kein Mensch kann voraussehen, wie die Situation in fünf oder zehn Jahren sein wird. Mir scheint wesentlich, daran festzuhalten, dass die Schweiz weiterhin für echte Flüchtlinge offen bleiben muss. Das bedingt aber auch, dass wir unechte Flüchtlinge zurückschieben müssen, weil sonst die unechten, die Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen den echten, den politisch Verfolgten, den Platz wegnehmen. □

Das Boot ist für echte Flüchtlinge wirklich nicht voll. Die Schwierigkeiten entstehen dadurch, dass unser Asylrecht missbraucht wurde.

WAS IST «PSIND»?

Im Auftrag der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe hat das SRK ein Projekt ausgearbeitet zur Verbesserung der sozialmedizinischen Beratung und Betreuung südostasiatischer Flüchtlinge in der Schweiz. Eine Umfrage bei Vietnamesen und Kambodschanern sowie bei Schweizer Ärzten und psychiatrischen Institutionen hatte schon 1981 gezeigt, dass eine unerwartet grosse Zahl südostasiatischer Flüchtlinge starke Anpassungsprobleme mit psychischen Krankheitsfolgen aufweist. Aufgrund der grossen kulturellen Unterschiede und der sprachlichen Barrieren stehen die Schweizer Ärzte und Sozialarbeiter dieser Entwicklung weitgehend hilflos gegenüber. Das Projekt «PSIND» sieht die Einsetzung einer kleinen, spezialisierten Equipe vor, die sich aus einem vietnamesischen Arzt, einem vietnamesischen und einem sinovietnamesischen Sozialarbeiter und zwei Schweizern zusammensetzt (ein Ethnologe, ein Sozialarbeiter). Diese Equipe soll in der ganzen Schweiz aktiv werden, wobei eine enge Zusammenarbeit mit Ärzten und Sozialarbeitern, vor allem aber auch mit den Flüchtlingsgruppen selbst anzustreben ist. Zu den Aufgaben der Equipe gehören:

- *Früherfassung psychischer Probleme*
- *Beratung und Information von Ärzten, Sozialarbeitern und Betreuern*
- *Behandlung und Therapie in Einzelfällen*
- *Mitwirkung bei der Wiedereingliederung psychisch erkankter Flüchtlinge*

Das Projekt hat Pilotcharakter, und seine Ergebnisse sollen einer strengen Evaluation unterliegen.

Aus der Planungsphase des Projektes, stehen folgende Berichte zur Verfügung und können beim Sektor Flüchtlingshilfe, Rainmattastrasse 10, 3001 Bern bestellt werden:

1. *Umfragen und Gutachten der Psychiatrischen Universitätsklinik Bern und des SRK über psychisch auffällige und psychisch kranke Flüchtlinge aus Indochina in der Schweiz (1981)*
2. *«PSIND»-Bericht über die Aufbauphase (1983)*